IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50
Ausland Fr. 15.—, Amerika 5 Doll. Erscheint wöchentlich



ZURICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

AGENCE CENTRALE
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 145 | 27. Mai 1921 | י"ט אייר תרפ"א | Einzelnummer 40 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Der Herausgeber der „J. P. Z." ist nach nahezu 4 monatlichem Aufenthalte in Amerika nach Europa zurückgekehrt und am 21. Mai in Cherbourg gelandet. Hart vor seiner Abreise wurde er noch in Washington von Präsident Harding empfangen. Auch Oberrichter Louis Brandeis, der „grosse Schweiger", gewährte ihm eine 1 1/2 stündige Unterredung und dedizierte ihm seine Photographie mit Widmung. Nach einem kurzen Aufenthalte in Paris und London dürfte unser Herausgeber gegen Anfang Juni nach Zürich zurückkehren.

Prof. William Rappard über das Palästinamandat.

(Interview der „J.P.Z.")

Der Genfer Korrespondent der „Jüd. Presszentrale Zürich", I. Rogovine, den wir am 13. Mai, hart vor seiner beabsichtigten Abreise nach Palästina, noch von der Sistierung der Landungen in Jaffa verständigen konnten, wurde am 17. ds. im Palais des Nations vom Direktor der Mandatssektion des Völkerbundes, Prof. William Rappard, in Audienz empfangen. Die Unterredung wandte sich selbstverständlich vor allem den traurigen Vorfällen in Jaffa zu. Prof. Rappard, der der zion. Bewegung reges Interesse entgegenbringt, wünschte Näheres über diese Geschehnisse zu erfahren. Mit Befriedigung nahm er die Erklärung des Korrespondenten der „J.P.Z." entgegen, dass in Palästina absolut keine nennenswerte bolschewistische Bewegung vorhanden sei. Unser Korrespondent wies darauf hin, dass die jüd. Arbeiter Palästinas darin einig seien, dass wir dort Aufbau- aber nicht Zerstörungsarbeit zu leisten hätten. Die dortige Regierung wisse dies wohl und gewähre auch Erleichterungen insofern, als sie öffentliche Arbeiten, wie z. B. Wegebauten, den jüd. Arbeitergenossenschaften direkt — ohne Unternehmervermittlung — übergibt. Es gäbe in Palästina nur ein kleines Häuflein, etwa 40—50 nicht ernst zu nehmende Leute, die mit ihrer bolschewistischen Propaganda absolut nicht in der Lage sind, irgendwelchen Einfluss auszuüben. Leider genügte dies, im Zusammenhange mit der von den Effendis und unverantwortlichen imperialistischen Politikern energisch geführten Propaganda, um solch traurige Vorfälle hervorzurufen und um auf solche Weise dem Völkerbundsrat vor seinem Zusammentritt eine antizionistische Volksbewegung in Palästina vorzuspiegeln. Dagegen seien die bewussten Elemente der arabischen Bevölkerung den Juden freundlich gesinnt, da sie sich der unermesslichen Tragweite der jüd. Kolonisation für die Prosperität des Landes bewusst sind. Es handle sich um eine Wiederholung ähnlicher Vorfälle, wie sie letztes Jahr — kurz vor dem Beschluss in San Remo — sich in Jerusalem ereigneten, um die Entscheidung des demnächst zusammentretenden Völkerbundsrates zu beeinflussen.

Prof. Rappard sagte, dass auch ihm diese Erklärungen plausibel erscheinen und hoffte, dass diese Machinationen die zion. Sache nicht zu schädigen vermöchten.

Bezügl. des Standes des Palästinamandates erklärte Prof. Rappard: „Seitens der Syrier wurde mehrere Male der Versuch gemacht, Widersprüche zwischen Artikel 22 des Versailler Vertrages und der Balfour-Deklaration festzustellen. Der Konflikt zwischen den beiden erwähnten Dokumenten soll darin bestehen, dass laut Artikel 22 der lokalen Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt wird, während die Balfour-Deklaration und San Remo einzig und allein den Juden, die momentan noch eine Minderheit im Lande bilden, das Recht der Verwaltung zubilligen."

Unser Korrespondent stellte darauf nochmals fest, dass die Mehrheit der arabischen Bevölkerung absolut nicht judenfeindlich gestimmt sei. Sie anerkenne im Gegenteil das historische Recht der Juden auf Erez Israel und verstünde den grossen Nutzen der jüd. Immigration für die Entwicklung des Landes. Prof. Rappard, der gemäss seinem hohen Posten eine streng objektive Stellung einnimmt, erklärte, dass es seines Wissens wohl keine grosse Opposition gegen das Palästinamandat geben werde. Der Völkerbundsrat werde voraussichtlich Mitte Juni in Genf zusammentreten und, falls die Frage des Palästinamandates nicht wieder eine Verschiebung erleidet, hält er für wahrscheinlich, dass das Mandat im grossen und ganzen laut dem englischen Projekt, wie es bereits in der Presse veröffentlicht worden ist, bestätigt wird. Auf die Frage, ob nicht etwa die Vereinigten Staaten dagegen Protest erhoben hätten, erklärte Prof. Rappard, dass die Opposition Amerikas nur Mesopotamien betreffe und das Palästinamandat nicht erwähne. Die Petrolquellen Mesopotamiens könnten wohl Differenzen hervorrufen, kaum aber die Palästinafrage, umsomehr als ja bei der republikanischen Regierung Persönlichkeiten wie Oscar Strauss, wie auch bei der demokratischen Partei das bekannte Mitglied des obersten Gerichtshofes, Louis Brandeis, zu Gunsten des Zionismus energisch einträten.

Auf die Frage, wer im Völkerbundsrate über das Palästinamandat zu referieren haben werde, erklärte Prof. Rappard, dass für die letzte Ratssitzung der Vorsitzende der ersten Session des Völkerbundes, Hymans, zuerst diese Aufgabe auf sich genommen hatte, er musste aber jetzt ablehnen, wegen starker Inanspruchnahme durch die gegenwärtig von ihm geleiteten polnisch-litauischen Verhandlungen. Sein Nachfolger sei noch nicht bekannt.

Obwohl Prof. Rappard gemäss der Unparteilichkeit, die ihm durch seine Stellung zur Pflicht gemacht wird, durchaus keine Versicherungen geben konnte noch wollte, haben seine wiedergegebenen Aeusserungen bei uns den Eindruck hinterlassen, dass die Palästinafrage zu Gunsten des jüd. Nationalheims so gut wie gelöst ist, und dass es jetzt vor allem auf die intensivste Verstärkung der planmässigen Einwanderung nach Palästina ankomme.

Die temporäre Einstellung der Einwanderung nach Palästina.

Der Waad Hazirim (Zionist Commission) konzentriert jetzt all' seine Bemühungen auf die Frage des Wiederbeginns der jüd. Immigration nach Palästina. Samuel hat auf die Vorstellungen des Waad Hazirim erklärt, dass die Einwanderung infolge der Unruhen nur temporär eingestellt worden sei. Er werde, sobald Ruhe und Ordnung im Lande wiederhergestellt seien, die betreffende Verordnung wieder rückgängig machen.

Wie die „Jewish Times" erfahren haben will, wurde Samuels Verordnung wegen Einstellung der Einwanderung nicht offiziell durch die englische Regierung bestätigt und habe das Kolonialministerium Samuel ersucht, ausführliche Einzelheiten betreffs dieser Angelegenheit zugehen zu lassen. In zion. Kreisen hege man die Zuversicht, dass die Einstellung der Einwanderung in sehr kurzer Zeit wieder aufgehoben werden wird.

Inzwischen gelangen aus allen Weltteilen die energischsten Proteste nach London gegen die Sistierung der Einwanderung. So lautet ein Telegramm aus Wien: Die grösste Gefahr für den Jischub in Palästina ist die Einstellung der Einwanderung. Mit der „Carniolia" wurden 1000 Chaluzim zurückgehalten. Die Chaluzim betrachteten die Sistierung der Immigration als einen Verrat gegen den Zionismus und als Gefahr für die jüd. Bevölkerung Palästinas. Im Namen von Zehnertausenden von Chaluzim aus der Ukraine, Litauen und Polen appellieren wir an das jüd. Volk, die baldige Abfertigung des Chaluzimschiffes zu fordern und die Beschränkung der jüd. Einwanderung in Palästina aufzuheben. Gez. für Chaluzim-Komitee Ben Gorion und Kaplan, für das Palästinaamt Stricker. Aehnliche Proteste wurden von den zion. Föderationen Englands, Frankreichs usw. gefasst.

Die Nachricht von der Einstellung der jüd. Immigration nach Palästina verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch alle arabischen Dörfer. Die Araberhetze geht weiter. So hat der Präsident des muselmanisch-christlichen Komitees in Jaffa ein Telegramm nach London gesandt, wonach die arabische Bevölkerung Palästinas, Mohammedaner und Christen, von der engl. Regierung eine repräsentative erwählte Regierung unter englischem Mandate fordern, desgleichen die Annullierung des jetzigen englischen Mandates und das Verbot jeder jüd. Einwanderung.

Da laut allen bis jetzt vorliegenden Berichten im Lande bereits Ruhe herrscht, steht zu erwarten, dass tatsächlich gegen Ende dieses Monates, die Einwanderung wieder freigegeben werden wird. (In dieser Hoffnung hat sich der Korrespondent der „J.P.Z.", Rogovine, am 25. ds. nach Triest begeben, um auf jeden Fall rechtzeitig zur ersten Abfahrt der „Carniolia" einzutreffen.)

Promulgierung der Einwanderungsbill durch Harding.

Washington. (Tel.) Präsident Harding hat die Einwanderungsbill promulgiert.

Mit dieser Unterfertigung durch Harding treten die vom Kongress angenommenen Einwanderungsbeschränkungen in Kraft, u. zw. 15 Tage nach der Unterfertigung. All die zahlreichen Protestversammlungen und Telegramme konnten also nicht verhindern, dass dieses, die Einwanderung der Juden so einschränkende Gesetz zur Tat wird. Sehr bedauerlich ist auch, dass die gemeinsame Kommission des Senates und Repräsentantenhauses, das Amendement, wonach die ihrer Religion wegen Verfolgten nicht unter die 3 Prozent fallen, verworfen hat. Dagegen wurde ein Amendement angenommen, wonach Kinder unter 18 Jahren, deren Eltern amerikanische Bürger sind, über die 3 Prozent einwandern dürfen, ebenso Verwandte amerikanischer Kriegsteilnehmer. Rabbiner werden zwar von vornherein in die 3 Prozent eingerechnet, dürfen aber, wenn die allgemeine Zahl der Einwanderer diese 3 Prozent bereits erreicht hat, trotzdem noch einwandern. (Es wäre also günstig, wenn diese nicht Anfang, sondern erst Ende des Jahres nach Amerika gehen.) Der genaue Wortlaut der Bill liegt uns noch nicht vor, sodass eventl. noch darauf zurückzukommen sein wird. Laut vorliegenden Berechnungen dürften jetzt jährlich gegen 300,000 Immigranten ins Land gelangen, wobei die grössten Zahlen auf England, Frankreich und Deutschland fallen, während Osteuropa, gegen das ja eben die Bill gerichtet ist, nur geringe Zahlen von Einwanderern beistellen kann. Dies ist ja auch der Grund, warum gerade die Juden so sehr von dieser Bill getroffen werden. Die Gültigkeit dieses Einwanderungsgesetzes läuft vorderhand bis 30. Juni 1922.

Die Tagung des Zentralrates der Jüd. Welthilfskonferenz.

An der in Wien vom 24. bis 26. Mai stattfindenden Sitzung des Zentralrates der jüd. Welthilfskonferenz werden teilnehmen: Motzkin, Minister Soloweitschik, Dr. Klumel, Abg. Farbstein, Burgin (Warschau), Dr. Rosmarin, Dr. Chajes, Dr. Niemirower, Bramson, Dr. Sliosberg, Wladimir Temkin, Jefroikin, Prof. Simonsen, Dr. Bernhard Kahn, Dr. Markus Krämer, Anitta Müller, Dr. Klee, Oberrabb. Dr. Ehrenpreis, Saltzman (Kanada), Abg. Dr. Helmann (Riga), Dr. Jochelmann und Dr. Rachmielewicz.

Die ostgalizische Frage vor dem Botschafterrat.

Der Pariser J.-Korrespondent der „J.P.Z." berichtet: Ende dieses Monats soll sich der Botschafterrat mit dem Schicksal Ostgaliziens befassen. Diese Frage ist auch für die 670,000 Juden, die dieses Land bewohnen, von äusserster Wichtigkeit. Das Komitee der Jüd. Delegationen, das dieser Frage bereits 1919 seine vollste Aufmerksamkeit schenkte und sich s. Zt. diesbez. bereits an die Friedenskonferenz gewandt hat, hat nun dem Botschafterrat in Uebereinstimmung mit den Forderungen der ostgalizischen Judenheit ein Memorandum überreicht, worin es mit Rücksicht auf die besondere Lage der Juden zwischen zwei rivalisierenden Nationen, der polnischen und der ukrainischen, folgende Forderungen aufstellt: 1) Anerkennung der jüd. Nationalität, ihrer Organisation und ihres Rechts auf Selbstverwaltung, unbeschadet der Verwirklichung der vollen bürgerlichen und politischen Gleichberechtigung der Juden. Die Selbstverwaltung soll das religiöse Leben, die soziale Fürsorge und das Schulwesen umfassen, dessen Ausgaben durch die öffentlichen Fonds gedeckt werden müssen. Das Organ der Selbstverwaltung soll ein durch die Gemeinden auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gebildeter Nationalrat sein. 2) Vertretung bei der Landesexekutivgewalt durch ein jüd. Staatssekretariat, dessen Leiter vom jüd. Nationalrat präsentiert werden soll. 3) Im Fall der Einführung nationaler Wahlkurien, Schaffung einer besonderen jüd. Kurie.

Das Hochverratsverfahren gegen Oberrabbiner Dr. Löw eingestellt.

Der Anklagesenat des Szegediner Gerichtshofes befasste sich am 20. Mai mit der Angelegenheit des Oberrabbiners Dr. Löw, der durch den berüchtigten Hollossy bekanntlich denunziert worden war, er habe gegenüber einem holländischen Journalisten Aussprüche getan, die das Verbrechen des Hochverrates beinhalten. Der Anklagesenat fällte nach mehrstündiger Verhandlung die Entscheidung, dass Dr. Löw nur wegen des Vergehens der Beleidigung des Reichsverwesers Horthy unter Anklage zu stellen sei; dagegen wurde der auf die Verbrechen des Hochverrats und der Aufreizung bezügliche Teil der Anklageschrift ab-

gewiesen, bezüglich dieser Delikte das Verfahren eingestellt und die sofortige Entlassung des Beschuldigten angeordnet.

Sokolows Rückkehr.

Wie der Pariser J.-Korrespondent der „J.P.Z." meldet, wird Sokolow im Laufe der nächsten Woche aus Palästina über Paris nach London zurückkehren.

Chronik.

Russland.

— Laut Meldung des J. C. B. hat Bialik unlängst Moskau besucht, um bei der ersten Aufführung von Anskis „Dybuk" in der von ihm, Bialik, angefertigten hebr. Uebersetzung durch das „Habimah" Theater anwesend zu sein. Bialik besuchte auch ein Konzert jüd. Volksmusik, wo ihm das Publikum, als es ihn bemerkte, grosse Ovationen bereitete. Bialik dankte in einer langen hebräischen Rede.

Wie aus Danzig berichtet wird, soll die Sovietregierung Bialik ersucht haben, in Russland zu verbleiben und dort Präsident der jüdischen literarischen Akademie zu werden.

Weissrussland.

— Anlässlich des 3. Jahrestages der Proklamierung der Unabhängigen Weissrussischen Republik hat lt. „Najem Hajnt" die weissrussische Regierung (Kabinett Lastowski) einen Aufruf an die Bewohner Weissrusslands gerichtet, in dem es u. a. heisst: Das weissrussische Volk war in seinem Kampfe nicht allein; zusammen mit ihm litt und kämpfte ein zweites Volk — der grosse, ewige Dulder — das jüd. Volk, das seit uralter Zeit den weissrussischen Boden mit seinem Schweisse, Tränen und Blut fettgemacht hat. Das jüd. Volk hat klar verstanden, dass es keine Gnade von seinen Unterdrückern zu erwarten hat und dass die Juden sich nur im Kampfe ihr Recht auf Leben und Freiheit erwerben werden. Dies begreifend, haben die Juden ihre Hand ihrem Bruder im Unglück, dem weissrussischen Volk, entgegengestreckt, um gemeinsam zu kämpfen für die Unabhängigkeit, es mit dem Akt vom 25. März 1918 bekräftigend. Es ist geschehen. Die beiden souveränen Völker, die die weissrussische Erde bewohnen, sind zum Bewusstsein gekommen und haben sich in ein Volk vereinigt, um weiter zu kämpfen für ihr Land, ihre Kultur und ihre staatliche Selbständigkeit.

Litauen.

— Der Jüd. Nationalrat erhielt vom Joint Distribution Committee die Mitteilung, dass der Joint für die jüd. Zentralbank in Litauen 1,500,000 Mark gezeichnet habe.

Polen.

— Der Klub der Abgeordneten beim Provisorischen Jüd. Nationalrat, bestehend aus den Abg. Grünbaum, Hartglas, Weinzieher, Thon, Farbstein und Rosenblatt, veröffentlicht eine Deklaration, in der darauf hingewiesen wird, dass der Klub zur Ueberzeugung gelangt sei, dass im Laufe der poln.-jüd. Verhandlungen die rechtliche Lage der Juden in Polen sich nicht nur nicht gebessert, sondern im Gegenteil in mancher Beziehung sogar verschlimmert habe. Nach Aufzählung mehrerer solcher Fälle stellt der Klub fest, dass auch nicht ein Kabinettsmitglied, das an den Beratungen teilnimmt, seine Zusagen und übernommenen Verpflichtungen erfüllt habe. Der Klub stellt des weitern fest, dass die Geringschätzung der Bedürfnisse und Forderungen der jüd. Bevölkerung seitens der Regierung noch ausdrücklich gewachsen sei seit dem Momente des Beginnes der Verhandlungen. Während im Lande alle Versprechen nicht eingehalten wurden, hat die Regierung das Ausland von jeder Sitzung der polnisch-jüd. Verständigungskommission benachrichtigt, um so den Anschein zu erwecken, dass die ganze Angelegenheit sich auf bestem Wege befinde. Augenscheinlich habe der Regierung mehr am Erwecken dieses Eindruckes gelegen, als an der tatsächlichen Lösung der Judenfrage. Mit Rücksicht auf seine Verantwortung vor der jüd. Oeffentlichkeit, erachte es der national-jüd. Klub der Reichstagsabgeordneten als nicht möglich, weiteren Anteil an diesen Verhandlungen zu nehmen, die nur Täuschungen hervorrufen und die tatsächliche antijüdische Politik maskieren sollen. Dagegen sei der Klub natürlich bereit, mit dem poln. Volk bei der Regulierung der jüd. Frage in Polen weiter zusammenzuarbeiten, und sehe jedem aufrichtigen Verständigungsversuch gerne entgegen. (Wir verweisen auf den in Nr. 140 der „J.P.Z." veröffentlichten Bericht eines langjährigen Beobachters der jüd. Verhältnisse in Polen, worin bereits am 22. April alle diese von den jüd. Abg. jetzt erhobenen Vorwürfe mehr oder weniger wiedergegeben wurden.) — Der „Nowy Dziennik" vom 16. Mai veröffentlicht in Anknüpfung daran, einen Leitartikel „Das Ende der Komödie", worin u. a. darauf hingewiesen wird, dass die Regierung Verständigungskonferenzen einberief und gleichzeitig von oben der jüd. Bevölkerung gegenüber einen Kurs initiierte, der alle Merkmale von Repressalien trug.

— Laut „Kuryer Polski" hat Ministerpräsident Witos die Mitglieder des interministeriellen Komitees für jüd. Angelegenheiten in einem Schreiben aufgefordert, ihre Kommissionstätigkeit fortzusetzen und dem Ministerrate die Resultate ihrer Beratungen vorzulegen.

— Am 21. begab sich der Rabbi von Radzin in den Reichstag, wo er im Klub der Sozialdemokraten mit dem Abg. Diamand konferierte. Wie es heisst, handelt es sich um Erneuerung der polnisch-jüd. Verständigungskonferenzen unter Heranziehung der Agudah und der Assimilanten.

— Es erregte allgemeines Befremden, dass der Landmarschall Trompczynski, entgegen dem allgemeinen Brauch, bei Eröffnung der neuen Reichstagssession dem verstorbenen Abgeordneten Rabbiner Halpern, nicht einige Erinnerungsworte widmete. Der Landmarschall entschuldigte sich nachträglich damit, dass ihm die entsprechenden biographischen Daten nicht zur Verfügung gestellt worden waren und hielt tatsächlich bei der zweiten Reichstagssitzung die übliche Nachrufrede, die vom Hause stehend angehört wurde.

— Das polnische Emigrationsamt teilt mit, dass vom 1. Juni angefangen nur jene Affidavits, die vorher durch die polnischen Konsulate in Amerika visiert sind, Berücksichtigung finden werden. Es seien also alle Verwandten in Amerika zu verständigen, dass sie die nach Polen zu schickenden Affidavits vorher von einem polnischen Konsulat in Amerika visieren lassen. (Gegen diese Anordnung, die schon vorher in Amerika bekannt war, wird dort Sturm gelaufen, da sie geeignet ist, die ohnehin schon grossen Schwierigkeiten der jüd. Einwanderung noch zu erhöhen.)

— Das „Lodzer Tagblatt" weist in einem Artikel auf die für die jetzigen Verhältnisse charakteristische Tatsache hin, dass trotz der allgemein bekannten verzweifelten Lage der ukrainischen Flüchtlinge — sollen ja von neuem 200000 Emigranten aus der Ukraine nach Polen im Anzuge sein — einer Einladung des ukrainischen Hilfskomitees in Lodz zur einer Beratung, von 60 eingeladenen reichen Lodzer Juden, Vertretern von Grossfirmen und Handelsunternehmungen, nur ein einziger Folge geleistet hat.

Rumänien.

— Am 19. und 20. Juni wird in Galatz die Konferenz der rumänischen Zionisten stattfinden.

— Dr. Niemirower wurde zum Oberrabbiner der Bukarester Kultusgemeinde und Dr. Beck zum Ehrenrabbiner ernannt.

Tschecho-slovakischer Staat.

— In Prag hat sich eine Gesellschaft zur Förderung der hebräischen Sprache und Literatur in der Tschechoslovakei gebildet, die — fern von jeder politischen Parteieinrichtung — auf breitester Grundlage aufgebaut, ihre Tätigkeit über die ganze tschechoslovakische Republik ausdehnen will und eine Zentrale für die planmässige Förderung des Hebräischen werden soll.

Oesterreich.

Wien - F - Die Wiener Isr. Kultusgemeinde laboriert an einer akuten finanziellen Krise. Das bisher ungedeckte Defizit der Gemeinde beträgt viele Millionen und nur dank der Mitarbeit der starken zion. Minorität ist es bisher gelungen, die Gemeinde vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Nach den vor Monaten stattgefundenen Wahlen haben sich die Zionisten bereit erklärt, die Verantwortung mitzuübernehmen und ins Präsidium wie auch in die einzelnen Kommissionen einzutreten, unter der Bedingung, dass die auf allen Seiten als reformbedürftig empfundene Wahlordnung, welche nur einer Minderheit das Wahlrecht gibt und alle Ausländer entrechtet, geändert werde. Während die Mehrheit der Gemeinde anfangs in diesen Pakt willigte, weigerte sie sich nunmehr, ihr Wort zu halten und hat erklärt, dass sie gar nicht die Absicht habe, in eine Beratung über die Wahlreformfrage einzutreten. Infolge dieses Verhaltens hat sich der von den Zionisten gestellte Vizepräsident, Dr. Friedmann, genötigt gesehen, seine Demission zu geben. Die zion. Kultusvorstände erklären sich ausser Stande, die Verantwortung länger mitzutragen, wenn ein Zustand weiter bestehen bliebe, der die Mehrheit der Kultussteuerträger völlig entrechtet. Damit ist in der Gemeinde eine durchaus neue Situation geschaffen worden. Man wird abwarten müssen, zu welcher Haltung sich die derzeitige Majorität entschliessen wird, und ob sie den Mut aufbringt, angesichts der katastrophalen Lage der Gemeinde bei ihrem reaktionären Programm zu verharren.

Das jüd. Blindeninstitut in Wien, das auf ein beträchtliches Alter zurückblicken kann und sich in weiten Kreisen des besten Rufes erfreut, ist durch die allgemeine Not, welche alle jüd. Anstalten und Stiftungen bedroht, gleichfalls in Gefahr geraten, da die Erträgnisse des Vermögens und die Zuschüsse der Gemeinde zu seiner Erhaltung nicht ausreichen. Die Erhaltung dieses eminent philanthropischen Instituts ist eine absolute Notwendigkeit.

Die in Wien stets rege Judenhetze hat eine neue Unterstützung erfahren. Das „Neue Wiener Tagblatt" ein Blatt des hochkapitalistischen Steyrermühl Konzerns, das sich demokratisch nennt, zur sogenannten „judenliberalen" Assimilantenpresse gehört und unter dem Einfluss des Steyrermühlpräsidenten Sieghart steht, veröffentlicht einen Hetzartikel gegen die Ostjuden, der sich als Aeusserung eines Wiener Juden gibt und zur Rettung der bedrohten bodenständigen Moral vor dem Ansturm der kulturlosen Elemente aus dem Osten aufruft. Der Artikel hat in den Wiener jüd. Kreisen die schärfste Verurteilung erfahren. Es sei hierbei auf die Tatsache verwiesen, dass Sieghart, ein Kantorensohn, der früher Singer hiess, ein getaufter Jude ist, der als Sektionschef im Ministerpräsidium des alten Oesterreich die christlichsoziale Politik systematisch grossgezogen und der alten Lueger-Partei zu ihrem Aufschwung verholfen hat.

Dieser Tage wurde in Wien Rabbiner Moses Kramer zu Grabe getragen. Rabb. Kramer, welcher als Rabbiner im Beth-Din der Kultusgemeinde wirkte, war Obmann des Wiener Misrachi. Er hat dem nationalen Palästinagedanken in orthodoxen Kreisen viele Anhänger zugeführt und sich um die Repatriierung der während des Krieges hierher geflüchteten Palästinenser besondere Verdienste erworben.

Deutschland.

— In dem Bericht über den Delegiertentag der deutschen Zionisten hat sich bei Wiedergabe des Telegramms in der vorigen Nummer der „J.P.Z." ein Irrtum eingeschlichen. Es soll zum Schluss nicht heissen, dass ins A. C. „an Stelle Lichtheims Dr. Klee" gewählt wurde, sondern dass an Stelle von Lichtheim und Klee nunmehr Rosenblüth und Loewe gewählt wurden. Bekanntlich hat die Jahreskonferenz den Landesorganisationen das Recht gegeben, ihre Vertreter im A. C. abzuberufen und neu zu bestimmen. Von diesem Recht hat der Delegiertentag Gebrauch gemacht, da inzwischen Lichtheim in die Exekutive berufen wurde und Dr. Klee durch seinen Eintritt in die Gruppe Binjan Haarez sich in Gegensatz zur Majorität der deutschen Zionisten gesetzt hat und auch zu dem legal einberufenen Delegiertentag nicht erschienen ist.

Der deutsche Rabbinerverband für Palästina.

R. - Am 17. und 18. Mai hielt in Frankfurt a. M. der Rabbinerverband in Deutschland zum ersten Mal nach Beendigung des Krieges seine Tagung ab, an der etwa 100 Mitglieder aller Richtungen (mit Ausnahme der extremen Trennungsorthodoxie) teilnahmen. Es wurde einstimmig folgender Beschluss gefasst: „1) Durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen sind bei der Schicksalswende des Vaterlandes die religiösen, kulturellen und charitativen Schöpfungen des deutschen Judentums schwer in Mitleidenschaft gezogen, zum Teil in ihrem Bestand bedroht. Der Rabbinerverband hält es für eine heilige Pflicht des deutschen Judentums, trotz der Ungunst der Zeit mit allen Kräften für ihre Erhaltung zu wirken. 2) Durch die Neugestaltung der Verhältnisse in Palästina ist die Hoffnung gegeben, dass für zahlreiche unserer Glaubensbrüder dort eine Heimstätte geschaffen wird. Der Rabbinerverband erklärt es für eine heilige Pflicht des gesamten Judentums, an diesem Werk Anteil zu nehmen und sich an der Aufbringung der Mittel tatkräftig zu beteiligen, in der Voraussetzung, dass der Aufbau im Geiste der Lehre des Judentums erfolgt und die aufgebrachten Mittel dem Dienst parteipolitischer Zwecke entzogen werden."

Dieser Beschluss ist umso bedeutungsvoller, als erst vor kurzem der „Zentralverein" eine Resolution gefasst hat, die jede Beteiligung am Aufbauwerk rundweg ablehnt. Die Haltung der Rabbiner wird auf das deutsche Judentum zweifellos von stärkster Wirkung sein.

Berlin. - R. - Das Generalkomitee des U. O. Bne-Brith, Grossloge für Deutschland, hat in der Sitzung vom 22. Mai beschlossen, mit der Zion. Org. und anderen an Palästina interessierten jüd. Organisationen zusammenzuarbeiten, um Palästina als bevorzugtes Immigrationsland auszugestalten. Der Orden erklärt den Aufbau Palästinas in diesem Sinne als ein grosses allgemein jüd. Hilfswerk, fordert aber eine paritätische Zusammensetzung der Leitung des Aufbauwerkes und Garantien für die ausschliessliche Verwendung der gesammelten Gelder in Palästina. Die deutschen Logen sollen sich an dieser Aktion ohne Beeinträchtigung ihrer Mitarbeit beim Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes und ihrer Fürsorge für das notleidende deutsche Judentum und die in Deutschland weilenden jüd. Flüchtlinge beteiligen.

— R. - Infolge der Sperre der Einwanderung sind auch in Berlin über 100 Chaluzim, grösstenteils aus Litauen, stecken geblieben. Da die meisten gerade nur über das Reisegeld verfügten, macht ihre Unterbringung umso grössere Schwierigkeiten, als man nicht weiss, wie lange die Sperre dauern wird. In einer vom Hapoel Hazair einberufenen Massenversammlung am 21. d. M., welche den Ereignissen in Jaffa gewidmet war, sprachen auch mehrere dieser Chaluzim und erklärten, dass keine Schwierigkeit sie abhalten könne, als Arbeiter nach Palästina zu gehen und dass für jeden Toten tausend neue Menschen in die Bresche springen werden.

Das bayrische Ministerium des Innern hat die Anweisung gegeben, dass der überhandnehmenden antisemitischen Bewegung besondere Beachtung zu schenken und Auswüchsen entgegenzutreten ist. Antisemitische Vergehen sollen, wenn sie nicht verhindert werden können, streng bestraft werden. Die Annahme, dass Ausschreitungen von linksradikaler Seite schärfer bestraft werden als solche von antisemitischer Seite, sei gänzlich unbegründet. Der Anlass zu diesem Erlass ist der Ueberfall auf Rabbiner Baerwald und die Besudlung der Synagoge mit Hakenkreuzen. (s. „J.P.Z." Nr. 142.)

Die Poale Zion in Deutschland ergreift die Initiative zur Einberufung einer jüdischen Arbeiterkonferenz in Deutschland, die den Zweck haben soll, eine parteilose Vertretung der jüdischen Arbeiterschaft zur Verteidigung ihrer ökonomischen und politischen Interessen zu schaffen.

- R - In Essen fand kürzlich eine Versammlung von Vertretern der jüd. Gemeinden im Rheinland und Westfalen statt, an welcher auch Vertreter des Hilfsvereins der deutschen Juden und des Arbeitsfürsorgeamtss teilnahmen. Es wurde beschlossen, den Hilfsverein als deutsche Zentralstelle für Aus- und Durchwanderer anzuerkennen und den Gemeinden zu empfehlen, 2% der Kultussteuereingänge dem Hilfsverein zu überweisen, damit er den durch die Durchwanderung besonders in Anspruch genommenen Gemeinden dieses Gebietes helfe.

Während seiner Anwesenheit in Berlin erklärte der Präsident des Joint, Warburg, dass der Joint nicht mehr in der Lage sei, für Deutschland so wie bisher Gelder zur Verfügung zu stellen, obwohl gerade das Arbeiterfürsorgeamt, das in Deutschland mit Jointgeldern die Ostjudenhilfe leitet, vorbildlich arbeitet. Das deutsche Judentum werde zumindest einen erheblichen Teil der erforderlichen Summen selbst aufbringen müssen.

An der Universität in Bonn wird eine Vortragsreihe über die Judenfrage veranstaltet. Es sollen Vorträge mit anschliessender Diskussion über die Rassenfrage, die kulturellen Leistungen der Juden und die Palästinafrage gehalten werden

Italien.

Triest, 16. Mai. - S. - Mit der heute eingetroffenen „Helouan" sind hier mehrere Passagiere aus Palästina angelangt, darunter Elieser Ben-Jehuda und Frau, Hermann Struck und Frau, ferner die unter Führung des Gerrer Wunderrabbi stehende Gruppe der Agudas Jisroel. — Ben-Jehuda reist von hier nach London und wird erst in etwa drei Monaten nach Palästina zurückkehren.

Der mit der „Helouan" eingetroffene Kaufmann Ignatz Hauser aus Graz, der Augenzeuge der traurigen Vorfälle in Jaffa war und am Donnerstag, den 5. Mai, mit Lebensgefahr sich einschiffte, um nach Alexandrien bezw. hierher zu reisen, schildert insbesondere die Grausamkeit, mit welcher die jüd. Verteidiger, die Chaluzim, verwundet und geradezu bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden sind. Des ferneren beklagt er die Kopflosigkeit und Desorganisation, die unter den Juden, namentlich in Tel-Awiw, während der kritischen Stunden herrschten. Dagegen hebt Hauser die Todesverachtung hervor, mit welcher die nur mit Stöcken bewaffneten Chaluzim jüd. Leben und Gut verteidigten. — Die aus Palästina angekommenen Passagiere sind der Meinung, dass die Einwanderung etwa gegen Ende Mai wieder gestattet werden wird.

— Während seines Besuches in Venedig hat der rumänische Aussenminister, Take Jonescu, den Präsidenten und den Sekretär des italienisch-jüd. Emigrantenkomitees empfangen und im Laufe einer halbstündigen Unterredung u. a. erklärt, dass es jeder Humanität widersprechen würde, die ukrainischen Flüchtlinge am Betreten rumänischen Bodens zu verhindern. Die rumänische Regierung werde sich dazu nie hergeben.

Frankreich.

Paris. - J. - Das Komitee der Jüd. Delegationen beschäftigt sich in letzter Zeit mit der Fortsetzung der Aktionen, die es durch Ueberreichung eines Memorandums in der Emigrationsfrage an den Völkerbund im Januar eingeleitet hat. Es handelt sich um einen Appell an die transozeanischen Länder, vor allem den Auswandererstrom der Pogromgebiete aufzunehmen. Das K. d. J. D. hat nun Schritte unternommen, um diesbez. mit den Regierungen von Kanada, Brasilien, Argentinien und Chile ins Einvernehmen zu treten.

Das K. d. J. D. erhielt folgende Meldung aus Lemberg: Die am 3., 4. und 5. Mai tagende Landeskonferenz der ostgalizischen Zionisten hat beschlossen, in Anerkennung der grossen Verdienste und Leistungen bei der Verteidigung der jüd. Rechte und insbesondere der aufopferungsvollen Arbeit für die Interessen der ostgalizischen Juden, der Leitung und allen Mitarbeitern des K. d. J. D. in Paris seinen herzlichsten Dank und Anerkennung auszurichten und das vollste Vertrauen auszusprechen.

— Die Exekutive der jüd. Welthilfskonferenz wurde vom Johannesburger jüd. Waisenhilfsfonds verständigt, dass dieser der Welthilfszentrale beitrete und den Beschluss gefasst habe, 2500 Waisen aus Osteuropa nach Südafrika zu bringen.

Paris - J - Sämtliche zion. Org. von Paris veranstalteten ein Protestmeeting anlässlich der Vorfälle in Jaffa. Die Redner, u. a. Dr. Marmorek, drückten der englischen Regierung und Herbert Samuel ihr Vertrauen aus, betonten aber den Wunsch nach einer stärkeren und nachdrücklicheren Versicherung des Willens der Schaffung einer jüd. Heimstätte und protestierten gegen die Einstellung der Immigration.

Donnerstag abend fand in Paris eine grosse Protestversammlung der Poale Zion anlässlich der Jaffaer Ereignisse statt. Adv. Grusenberg, der sprechen sollte, entschuldigte seine Abwesenheit, durch einen sehr warmen Brief, ebenso der sozialistische Abg. Moutet. Der bekannte sozialistische Führer, Jean Longuet, hielt eine lange zionistenfreundliche Rede, in der er unterstrich, dass die Sozialisten, ursprünglich dem Zionismus als einer nationalbürgerlichen Bewegung fremd, sich überzeugt hätten, dass er nicht zur chauvinistichen Entartung führen werde. Der poalezionistische Redner Jarblum griff die Untätigkeit der jüd. Bourgeoisie an, u. betonte die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens mit den Arabern. Der Saal war überfüllt, sodass viele hunderte keinen Einlass finden konnten.

Anlässlich der Rede Lloyd Georges über die Verhältnisse in Oberschlesien hat sich der gesamten franz. Presse eine grosse Aufregung bemächtigt, die die Sache so darstellt, als drücke Lloyd George nicht die wahre Meinung Englands aus, sondern sei in der Hand einiger jüd. Bankiers, die, wie die ganze internationale jüd. Hochfinanz, für Deutschland arbeiten.

Die „Ère Nouvelle vom 28. Mai veröffentlicht einen langen Artikel „à la manière de Raspoutine" über die jüngste antisemitische Hetze, in der die berüchtigten „Protokolle der Aeltesten von Zion" eines Nilus den Ausgangspunkt bilden, der dazu geführt hat, dass man die Entdeckung machte, dass auch Wilson, Clemenceau, Lloyd George, Millerand und Briand an dem jüd Komplott mitbeteiligt sind. Die „Ère Nouvelle" weist nun die Fälschung der Protokolle nach.

Der „Eclair", der am 20. ds. einen antisemitischen Leitartikel von Batanet gebracht hatte, veröffentlichte am 21. einen Aufruf eines Paul Lévy an die franz. Juden, sich vom Wilsonismus, Pazifismus und Kommunismus loszusagen, jede Verbindung mit den englischen und anderen jüd. Finanziers abzubrechen und eine rein französische patriotische Politik zu betreiben.

Belgien.

— Laut „Jewish Guardian" sind derzeit zahlreiche russische Studenten an den belgischen Universitäten inskribiert. Viele von ihnen waren schon vor dem Kriege in Belgien, jedoch seien die meisten während des Krieges aus Russland, resp. anderen Ländern Osteuropas geflüchtet. Da diese Studenten meist mittellos sind, hat sich in Brüssel ein Komitee gebildet, um Mittel für deren Unterstützung zu beschaffen. Die belgische Regierung hat ihnen in grosszügiger Weise, bis sie in der Lage sein werden, ihre Schulden zu begleichen, die Taxen gestundet. Der Präsident des Joint, Felix Warburg, hat erwähntem Komitee 50,000 Fr. zur Verfügung gestellt.

England.

— Colonel Patterson, ehemaliger Kommandant der jüd. Legion in Palästina, veröffentlicht in der „Times" eine Zuschrift, worin er seine Ansichten über den Schutz Palästinas zum Ausdruck bringt. Er drückt die Hoffnung aus, dass der Plan, eine gemischte Miliz zu rekrutieren, der vorläufig zurückgestellt wurde, dauernd fallen gelassen werde. Er kenne und schätze sowohl die Juden als die Araber, aber für eine gemeinsame Schutzmiliz eignen sie sich nicht. Viel besser wäre es, eine rein arabische Armee für Ostjordanien zu bilden und eine jüdische für Westjordanien. Die „Judeans", die jüd. Legion, die während des Krieges in Palästina Dienst tat, müsse als lokale Schutztruppe wieder gebildet werden. Er zweifle nicht, dass man mühelos 5000 erstklassige jüd. Soldaten zu diesem Zwecke ausheben könne, falls seitens der Mandatsmacht eine diesbez. Order ergehe.

Tunis.

— Lt. in Paris eingetroffenen Berichten haben in Tunis zahlreiche Fabriken jüd. Angestellte entlassen, um an ihrer Stelle die ehemaligen Wrangelsoldaten, von denen mehrere Tausend von Frankreich nach Tunis überführt worden sind, zu beschäftigen.

Amerika.

— Die Reise Weizmanns durch die amerikan. Städte geht erfolgreich weiter. In Chicago haben an dem Strassenumzug 50,000 Personen teilgenommen, während weitere 50,000 als Zuschauer Spalier bildeten. Gelegentlich eines Banketts wurden 500,000 Dollar für den Keren Hajessod gespendet. Trotzdem wird von manchen Seiten der Kampf gegen den Keren Hajessod weiter geführt. Ein anonymes Komitee „Zionistisches Komitee der 50" greift sogar zum Mittel des Inserates, um die Gefährlichkeit des Keren Hajessod für die Zion. Org. als solche darzulegen. Gegen dieses, von ihnen selbst aufgenommene Inserat nehmen die Zeitungen energisch Stellung. Die Agitation für die Jahreskonvention wird auf Grund der Stellungnahme zur Keren Hajessodfrage eifrig betrieben.

— Am 15. Mai fand unter Vorsitz von Judge Strahl in New York die Keren Hajessod Konferenz statt, zu der 2000 jüd. Org. eingeladen worden waren. (s. „J.P.Z." Nr. 144.) Zum Vorsitzenden des Direktoriums für die Vereinigten Staaten wurde Samuel Untermeier, einer der bekanntesten Rechtsanwälte Amerikas gewählt, der in seiner Rede u. a. erklärte, dass der Zionismus weder als amerikanisch, noch europäisch, sondern als Weltbewegung einzuschätzen sei und als solche auch geleitet werden müsse. Weizmann forderte in einer glänzenden Rede die Gegner des Keren Hajessod in Amerika auf, ihren Kampf gegen den Keren Hajessod bis Zusammentritt des zion. Kongresses am 4. Sept. in Karlsbad einzustellen.

— Das Komitee der 100 jüd. Ärzte, das es unternommen hat, 1 Million Dollar für die medizinische Fakultät der Jerusalemer Universität aufzubringen, veranstaltete am 21. Mai ein Bankett zu Ehren von Weizmann und Einstein, an dem 800 jüd. Ärzte teilgenommen haben. Lt. einer Erklärung des Vorsitzenden des erwähnten Komitees wurden bereits 100.000 Dollar aufgebracht.

— Am 11. Mai fand in New York ein von den Poale Zionisten einberufenes grandioses Massen-Protestmeeting gegen die Exzesse in Jaffa statt. Vorsitzender war David Pinski. Als erster sprach Chasanowitsch, der den französischen Intriganten die Schuld für das Blutbad in Jaffa zuschob, die die arabischen Effendis gegen die Juden aufhetzten. Schalom Asch wies darauf hin, dass die Rückkehr der Juden nach Palästina dem arabischen Volke zum Wohle gereichen werde. In der Resolution wurde ausgesprochen, dass die jüd. Arbeiter der ganzen Welt bereit seien, mit den Arabern, die sie als Brüder betrachten, zusammen zu arbeiten.

— Wie „The Day and the Warheit" berichtet, hat der Stahlkönig Charles Schwab, der unlängst auf der Olympic nach Amerika zurückgekehrt ist, einem Mitreisenden gegenüber sein Bedauern ausgedrückt über die Drangsalierungen, denen die jüd. Immigranten ausgesetzt sind. Er unterstreicht stark die Tatsache, dass der jüd. Einwanderer ein nützliches und gutes Element für das Land abgebe; er werde alles, was ihm möglich sei, tun, den jüd. Immigranten seine Hilfe angedeihen zu lassen, sollte doch der jüd. Immigrant in Amerika äusserst willkommen sein, da er komme, um im Lande zu bleiben, um sich hier einzubürgern, zu arbeiten und seinen Verdienst im Lande auszugeben; ein derartiges Element trage nur zum Aufbau des Landes bei und er wünsche ihm Glück und Erfolg.

Kanada.

— Auch in Toronto wurde Weizmann ein grandioser Empfang bereitet. Auf dem ihm zu Ehren veranstalteten Bankett erklärte Weizmann, dass die Pogrome nur die Juden ermutigen müssten, Palästina vermittelst des Keren Hajessod zu entwickeln. Nach dem Jerusalemer Pogrom kam San Remo und möglicherweise wird uns Jaffa die offizielle Bestätigung des Palästinamandates durch den Völkerbund bringen. Journalisten gegenüber erklärte Weizmann noch, dass eine grosse jüd. Einwanderung die Antwort auf den Jaffaer Pogrom sein müsse.

Erez Israel — Palästina.

— Ausser Jaffa und Petach-Tikwah wurde auch eine Reihe weiterer jüd. Kolonien von den Arabern überfallen, und überall grosser Schaden angerichtet. In Petach-Tikwah wurde eine Herde, bestehend aus 700 Stück Vieh, von den Arabern geraubt und bis heute noch nicht aufgefunden. In Chedera wurden 3 Häuser verbrannt und zahlreiche Besitzungen ausgeplündert. Die Kolonisten Chederas beziffern ihren Schaden auf 50,000 Pf. Beim Ueberfall auf Petach-Tikwah wurde ausser den bereits erwähnten Gisin, Rappaport u. Grünstein (s. „J.P.Z." Nr. 144), auch Wolf Orlow getötet. Ausser den bisher bekannten Todesopfern zählt man auch mehrere Vermisste, mit deren Ermordung zu rechnen ist. Auch Kfar Saba ist fast ganz ausgeraubt. Näheres über die Ueberfälle auf die einzelnen Kolonien bringen wir Platzmangels wegen erst in unserer nächsten Nummer.

— Die ersten nach den Jaffaer Ereignissen erschienenen und hier mit Verspätung eingelangten hebr. Zeitungen aus Jerusalem schildern den niederschmetternden Eindruck, den die Hiobsposten aus Jaffa auf die Juden Jerusalems gemacht haben. Alles belagerte in grösster Kopflosigkeit die Redaktionen, gierig nach den neuesten Berichten. Diese Stimmung gab günstigen Boden für allerlei unkontrollierbare Gerüchte ab. Die Zeitungen ihrerseits bemühten sich, das Publikum wieder zu beruhigen. Am 3. Mai entstand in Jerusalem eine Panik, auf das Gerücht hin, dass sich Unruhen in den jüd. Strassen ereignet hätten. Mit Blitzeseile durcheilte diese, zum Glück falsche Nachricht, die Stadt und augenblicklich wurden alle Läden geschlossen. Die Veranlassung zu dieser Panik hatte ein arabischer Schutzmann gegeben, der, durch die Stadt eilend, die Schliessung der Geschäfte anordnete. Der Schutzmann wurde verhaftet und sieht schwerer Strafe entgegen. Auf Grund des Gerüchtes, dass verdächtige Araberversammlungen stattfänden, sollte eine Deputation der Jerusalemer Kaufleute bei Samuel intervenieren; amtlich wurde jedoch versichert, dass die Regierung alle Massregeln ergriffen habe, um die Ruhe in Jerusalem zu sichern. Auf die Verbreitung lügenhafter beunruhigender Nachrichten wurde strenge Strafe gesetzt. Den bei Samuel am 3. Mai intervenierenden Oberrabbinern erklärte der Oberkommissär, dass im Lande und speziell in Jerusalem für Ruhe und Ordnung Sorge getragen werde und dass eine entsprechende Untersuchung im Gange sei.

— Ueber das Leichenbegängnis der Opfer der Ausschreitungen in Jaffa werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Die Bestattung der Opfer fand am 3. Mai nachmittags statt. Die Särge wurden einzeln von Chaluzim auf den Friedhof getragen. Die irdischen Ueberreste Brenners wurden abwechselnd von den anwesenden hebräischen Schriftstellern, unter ihnen auch A. Z. Rabbinowitsch und Sokolow, getragen. Eine unabsehbare trauernde Menge nahm an der Feier teil. Zum Zeichen der gemeinsamen Trauer setzten sich sämtliche Anwesende auf den Friedhofsgrund nieder und verharrten mehrere Minuten in tiefem Schweigen. Erst bei Einbruch der Abenddämmerung verliess die grosse Trauergemeinde schweren Herzens die letzte Ruhestätte der jüngsten Opfer des jahrhundertealten Kampfes um das jüdische Heim in Palästina. Das Oberrabbinat von Jerusalem hatte alle Vorbereitungen getroffen, um den Todesopfern von Jaffa die letzte Ehre zu erweisen, wurde jedoch daran verhindert und sandte Beileidstelegramme an den Stadtrat von Tel-Awiw, den jüd. Stadtrat und den Rabbinatsausschuss von Jaffa.

— Der Leiter des Chaluzimheims in Jaffa, Feinberg, schildert den Ueberfall folgendermassen: Am

1. Mai gegen Mittag haben mehrere Araber begonnen, Steine auf das Chaluzimheim zu werfen. Fenster und Türen wurden bald geschlossen und die Chaluzim und Chaluzoth verbargen sich im Innern. Nach 5 Minuten kamen zahlreiche Schutzleute und begannen durch die Türen ins Innere zu schiessen. Die Türen wurden erbrochen und die Schutzleute und nach ihnen der Pöbel drangen in das Haus ein, mit dem Resultat, dass an Ort und Stelle 5 Personen, darunter 2 Frauen, von den Kugeln getötet wurden. Das ganze Haus wurde demoliert und aller Sachen beraubt. Es gab ausser den 5 Toten noch 23 Verletzte — die meisten unter ihnen wurden schwer verwundet — die in das nahe gelegene französische Spital überführt wurden. Die aussergewöhnliche Tätigkeit des franz. Konsuls muss besonders hervorgehoben werden, der alle Kräfte und Mittel des Spitals für die Verwundetenhilfe mobilisierte. Trotzdem blieben die Verwundeten eine Zeitlang ohne medizinische Hilfe, da der Arzt gerade von Jaffa abwesend war, weshalb die erste Hilfe von den franz. Krankenschwestern geleistet werden musste.

— Frau Szold, die am 3. Mai aus Jaffa nach Jerusalem zurückgekehrt ist, erzählt folgende Einzelheiten: Die Lage der ins Krankenhaus überführten Verwundeten ist entsetzlich. Noch nie im Leben habe sie so ein Bild gesehen, Verwundete durch Schläge mit an ihren Enden mit Bleiköpfen versehenen Stöcken, durch Steine, durch Messer und durch Kugeln. Im Krankenhaus der Hadassa befänden sich 54 Verletzte und im Gymnasium von Tel-Awiw 56. Zahlreiche Leichtverwundete wurden ins Immigrantenheim zurückgeschickt, viele befänden sich auch in Privathäusern. Die medizinische Hilfe sei vorzüglich. Sämtliche Aerzte der Hadassa wie auch die anderen Aerzte, alle fest angestellten und freiwilligen Schwestern beteiligen sich an der Hilfeleistung. Alles wurde getan, um Linderung zu verschaffen. Dr. Jackson von der Jerusalemer Hadassa hat sich nach Jaffa begeben, um dort mehrere Operationen vorzunehmen. Alle Bewohner Tel-Awiws beteiligen sich an der Verwundetenpflege.

— Einer der Jaffaer Verwundeten, Nathan Schapiro, der in der Augenklinik darniederliegt, schildert im „Doar Hajom" den Überfall auf seinen Laden. Gleich nach Beginn der Unruhen schloss er sein Geschäft und blieb mehrere Stunden auf der oberen Galerie, wo er die Schüsse der plündernden Araber vernahm. Er glaubte sich schon gerettet, als plötzlich einige Araber die Türe erbrachen, in den Laden eindrangen und alle darin aufgestapelten Waren zum Teil raubten, zum Teil vernichteten. Sie drangen darauf auch in die obere Galerie ein, wo er ihnen 100 Pfund aushändigte, damit sie nur ihn und seine Geschäftsbücher in Ruhe lassen. Sie nahmen zuerst das Geld, vernichteten jedoch darauf die Bücher, rissen ihm die Kleider vom Leibe, raubten einige weitere hundert Pfund und warfen ihn, nachdem sie ihn furchtbar geschlagen hatten, von der oberen Galerie herab. Sich mit diesen Grausamkeiten nicht begnügend, gossen sie auf seinen Körper einige im Laden gefundene Flaschen von Acide Acétique, welche Flüssigkeit auch in seine Augen drang. Er verblieb so eine Zeitlang auf dem Boden, sich in seinem Blute wälzend, bis er in das Regierungsgebäude und dann in die jüd. Heilstätte in Tel-Awiw gebracht wurde. Schapiro erklärt, die Verbrecher, die alle Lastträger und Fleischer sind, genau zu kennen.

— Am 10. hat in Jaffa die Nachforschung über die Schäden der ausgeraubten Geschäfte unter Vorsitz des Regierungsvertreters Gipsin begonnen. Die meisten der ausgeraubten Geschäfte wurden trotz Erlaubnis nicht wieder geöffnet, aus dem einfachen Grunde, weil gar keine Waren mehr zurückgelassen wurden. Jaffa ist ruhig, doch sind die Gemüter sehr über das Verbot der Einwanderung erregt, worüber die verschiedensten Gerüchte kursieren.

—Vorsitzender der v. Samuel für Jaffa eingesetzten Untersuchungskommission ist der palästinensische Oberrichter Haycraft. Ausser den zwei englischen Beisitzern ernannte Samuel auch drei Vertreter der religiösen Gemeinschaften, je einen christlichen und mohammedanischen Araber und einen Juden — Dr. Eliasch — zu Beisitzern dieser Kommission, allerdings nur mit beratender Stimme.

In einem Artikel im „Haaretz" vom 11. Mai weist Daniel Auster darauf hin, dass diese Bestellung von Repräsentanten je nach dem Glaubensbekenntnisse auf dem früheren türkischen Brauche beruhe, der nur nach Religionen, aber nicht nach Nationen zu unterscheiden pflegte. Nachdem jedoch England die Juden als Nation anerkannt habe, sei es ungerecht, wenn stets zwei Araber und nur 1 Jude zur Vertretung herangezogen werden. Bei derartigen Untersuchungen habe man sich noch nie vom Prinzip der Majorität und Minorität leiten lassen. Die Zahl der Kläger auf der einen und der anderen Seite sei für eine paritätische Zusammensetzung der Gerichte stets ohne Einfluss. Es wäre also zu fordern, dass die Juden hier, wie auch bei allen Vergleichsverhandlungen in derselben Anzahl wie die Araber herangezogen würden. Habe ja auch bei der in Jaffa stattgefundenen Verständigungskonferenz die Zahl der christlichen und mohammedanischen Araber mehr als doppelt so viel betragen, wie die der Juden.

— Die Gemeindeverwaltung Tel-Awiws hat im Auftrage des Militärkommandanten am 10. Mai folgende Kundgebung erlassen: Ruhe und Ordnung wurden überall in Stadt und Kreis wieder hergestellt. Das Leben nimmt wieder seinen normalen Verlauf. Der Telephonverkehr steht wieder allen ohne jede Einschränkung offen. Der Zeitungsverkauf ist wieder freigegeben. Der Strassenverkehr ist bis halb elf Uhr nachts gestattet.

— Alle Muktarim in Jaffa und Umgebung wurden von der Regierung verständigt, dass sie für Aufrechterhaltung der Ordnung auf ihrem Gebiete verantwortlich gemacht werden.

— Der Colonel Kommandant des Bezirkes Jaffa erliess eine Verordnung, wonach, dem jetzigen Kriegszustand Rechnung tragend, überall, wo arabische Felder an jüdische grenzen, die Landwirte sich der gemeinsamen Grenze nur bis auf einen Abstand von 100 Meter nähern dürfen. Dieser Befehl betrifft alle Kolonien, besonders Rischon le Zion und Beth Dagan.

— Das Präsidium des Waad Leumi wies in einer Besprechung mit General Deedes darauf hin, dass die Kundmachung der Regierung über die Vorfälle in Jaffa in mancher Beziehung wichtiger Ergänzungen bedürfe.

— Das Präsidium des Waad Leumi überreichte am 11. Mai dem Oberkommissär ein Memorandum über die letzten Ereignisse, dessen Veröffentlichung im „Haaretz" von der Zensur inhibiert wurde.

— Der Waad Hazirim hat von Weizmann aus Toronto folgendes Telegramm erhalten: Die traurigen Nachrichten aus Jaffa haben mich bis ins Innerste erschüttert. Bitte den Familien der Opfer und der jüd. Oeffentlichkeit Erez Israels mein Mitgefühl zu übermitteln. Solche Gewalttaten werden den jüd. Geist nie und nimmer unterdrücken; im Gegenteil, sie werden die Entschlossenheit des jüd. Volkes zehnfach verstärken, um den Aufbau des jüd. nationalen Heimes auf festen Grundlagen zu beschleunigen.

— Samuel sandte an Weizmann ein Danktelegramm als Antwort auf seine Depesche und die Kundgebung der zion. Exekutive. Er stimme vollständig mit der darin wiedergebenen Ansicht überein, dass die Prosperität der momentan nur temporär eingestellten jüd. Einwanderung nach Palästina voll und ganz von der Bestellung der Mittel für die dem Lande angepasste ökonomische Entwicklung abhängig sei.

— Abraham Lemonosoff, einer der Führer der linken Poale Zion (Kommunisten) wurde verhaftet und nach Jerusalem überführt, unter der Beschuldigung, dass er einer der ersten Demonstranten in Jaffa gewesen ist.

— Nachdem die Zion. Org. sich gegen den Plan der palästinensischen Regierung, eine bürgerliche Miliz zu schaffen, die zu gleichen Teilen aus Arabern

und Juden bestehen soll, ausgesprochen hatte, hat wie verlautet, die palästinensische Regierung von der Rekrutierung für diese bürgerliche Miliz für unbestimmte Zeit abgesehen, da nach den letzten Vorfällen in Jaffa und der infolgedessen gespannten Beziehungen zwischen den Arabern und Juden eine solche Miliz für den Jischub gefährlich werden könnte.

— Der Misrachi hat ein Manifest erlassen mit der Aufforderung, zahlreich den Misrachischekel zu kaufen, nicht nur um das Prestige der Zion. Org. zu heben, sondern auch um den Einfluss des religiösen Elementes in dieser Organisation zu stärken und so dem Misrachi die Möglichkeit zu geben, das heilige Land im Geiste der Thora wieder aufzubauen.

— Die Vertreter des Waad Hazirim, Dr. Eder und Dr. Ruppin, werfen in einem Schreiben den zwei Arbeitergruppen „Dilb" und „Kalandia" vor, dass deren Mitglieder den Sabbath öffentlich entweihen. Sie hätten dadurch nicht nur die jüd. Ehre und die Thora verletzt, sondern auch die Gefühle der Jerusalemer Einwohner und die Ehre der Zion. Org.

— Am letzten Pessachtage betete der Oberkommissär in der Synagoge der Bucharen und nahm dann mit seinem Sohne Edwin und mehreren Notabeln bei Rabbi Eminoff das Mahl ein. In seiner Tischrede wies Samuel darauf hin, dass nach 2000 Jahren jetzt zum ersten Male im Regierungspalaste der Seder abgehalten und Mazzoth gegessen wurden. Er sei glücklich, statt „nächstes Jahr in Jerusalem", jetzt „dieses Jahr in Jerusalem", sagen zu können. Man nehme ihm vielleicht übel, dass er an der Nebi Musah-Feier teilgenommen habe und dort an einem besonderen Tische die Pessachkost gegessen habe, während an den anderen Tischen Chomez gegessen wurde, aber es war nicht anders möglich. (Allgemeine Zwischenrufe, es war Dir gestattet.) Er bete, dass Jerusalem in diesem Jahre erbaut werde.

— Im Februar 1921 wurden nach Palästina Waren im Werte von 460.367 äg. Pf. eingeführt, 170.955 Pf. mehr als im Februar 1920. Der Export betrug 59.553 Pf., 42.663 weniger als letztes Jahr. Die Zahl der Touristen in Jerusalem wird für den Monat Februar auf 173 geschätzt.

— Das Arbeitsbüro bei der Handwerkerzentrale in Jaffa hat in letzter Zeit umfangreiches Material über die Beschäftigungsmöglichkeiten für die verschiedensten Handwerke gesammelt und besitzt demnach die Möglichkeit, den Handwerkern aus den Immigrantenkreisen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

— Lt. der poale-zionistischen „Unsere Bewegung" haben Rewucki, Efrati u.A. eine neue, sogenannte „Initiativgruppe" gebildet, die alle poale-zionistischen Elemente Palästinas vereinigen soll.

— Die Siedelung Nachlath Jehudah in der Nähe Rischon le Zions, die hauptsächlich von Jemeniten bewohnt ist, hat beschlossen, sich wegen Errichtung einer Synagoge, deren Mangel sich bisher sehr bemerkbar gemacht hat, an den Waad Hazirim zu wenden und im Falle einer Absage den Misrachi oder den Rabbinerrat dafür zu interessieren.

— Es wurde beschlossen, in Jerusalem, am Orte wo sich der Flugplatz befindet, zum Andenken an Moses Montefiore einen Spielplatz zu errichten.

— Der Generalseksetär des Waad Hazirim, Dr. Eliasch, ist mit dem 1. Mai von seinem Posten zurückgetreten und hat sich als Rechtsanwalt in Jerusalem niedergelassen. (Dr. Eliasch wurde von Samuel zum jüd. Beisitzer in der Untersuchungskommission für die Jaffaer Unruhen ernannt.)

— Rabbiner Fishmann begab sich am 10. Mai nach Amerika zwecks Propaganda für den Misrachi.

— Der Schwiegersohn Sokolows, Agronom Raczkowski, ist in Palästina eingetroffen, um sich dort niederzulassen.

Schweiz.

Vierter Jahresbericht der Etania.

Soeben wurde der 4. Jahresbericht des „Hilfsvereins für jüd. Lungenkranke in der Schweiz" für das Jahr 1920 veröffentlicht, der ein deutliches Bild gibt über die Entwicklung dieser gemeinnützigen Institution während der kurzen Frist ihres vierjährigen Bestandes. Mit 11 Mitgliedern 1917 begründet, zählte der Verein im Jahre 1920 850 Mitglieder, obwohl die rege Abwanderung der Juden aus der Schweiz seit 1918 auch auf die Mitgliederzahl des Hilfsvereins für Lungenkranke nicht ohne Einfluss geblieben ist. Trotzdem bildeten die Mitgliederbeiträge nur den 5. Teil der Einnahmen, und es sollte Ehrenpflicht aller Juden der Schweiz sein, Mitglieder dieses Vereins zu werden, dessen Heilstätte in Davos, die „Etania", jüd. Nationaleigentum im wahren Sinne des Wortes geworden ist. Besonders erfreulich ist der Bericht des Chefarztes, Dr. Oeri, über die überaus günstigen Heilungsresultate, die über dem Durchschnitt der schweizerischen Sanatorien stehen. Für die Behandlung der Aufnahmegesuche mussten natürlich die jeweiligen Geldeingänge in Berücksichtigung gezogen werden, wobei jedoch zu betonen ist, dass kein einziges Aufnahmegesuch von in der Schweiz niedergelassenen Juden zurückgewiesen wurde. Es wird Sache einer jüd. philanthropischen Weltorganisation sein, der Idee zur Schaffung eines internationalen jüd. Sanatoriums in Davos näher zu treten. Die „Etania", die weder eine Versorgungsanstalt, noch ein Rekonvaleszentenheim für Kur- und Erholungsbedürftige, sondern eine Lungenheilstätte im wahren Sinne des Wortes sein will, nimmt, ausser armen Patienten, auch zahlende Pensionäre auf, die indirekt auch zur Erhaltung der armen Kranken beitragen. Von der Grösse des Unternehmens zeigt auch der Einnahmeposten pro 1920, der über 147.000 Franken und gegen 27.000 Mark ausmacht. Besonders zu betonen ist noch die erfreuliche Tatsache, dass es dem Hilfsverein für jüd. Lungenkranke, an dessen Spitze der tatkräftige Präsident Moritz Horn steht, und dessen Sekretariat mit grosser Umsicht von A. J. Rom geleitet wird, gelungen ist, die durch das Naturereignis im vorigen Jahre für den Bestand der „Etania" heraufbeschworenen Gefahren binnen so kurzer Zeit wieder abzuwenden und die „Etania" wieder der allgemeinen Benutzung zuzuführen. Zu betonen bleibt noch, dass eine besondere Ritualkommission darüber wacht, dass allen religiösen Anforderungen strenge nachgekommen wird. Es ist zu hoffen, dass die „Etania" durch immer festere Verankerung im Bewusstsein der Judenheit der ganzen Welt ihr so segensreiches Hilfswerk — wurden doch im Jahre 1920 119 Patienten mit 9261 Verpflegungstagen behandelt — sich immer weiter und weiter wird ausdehnen können zum Heile der Kranken und zum Ruhm der Judenheit. Wir hoffen, dass niemand, der dazu imstande ist, seine Mithilfe dabei versagen wird.

Basel. Das am 22. ds. in Basel versammelte Landeskomitee des Schweiz. Zionistenverbandes nahm eine Protestresolution gegen die Jaffaer Ausschreitungen an. Die Resolution drückt unerschütterliches Vertrauen zu England und zum High Commissioner aus und erhofft die baldigste Aufhebung der Immigrationssperre. Sie appelliert an die Juden der Schweiz, für den Keren Hajessod grosse Opfer zu bringen. In einer anderen Resolution erwartet das Landeskomitee von der amerikanischen Tätigkeit Dr. Weizmanns die Heranziehung der amerikanischen Judenheit zum Aufbauwerk im Geiste des jüd. Solidaritätsbewusstseins und unser Aufrechterhaltung der Einheit der Organisation.

Basel. Bei der Validierung der Wahl eines Strafrichters hob der Berichterstatter, Inspektor Holzach, in der letzten Sitzung des Grossen Rates hervor, dass die Wahlen und Abstimmungen vom 23./24. April mit dem jüd. Passahfest zusammenfielen. Eine aus jüd. Kreisen kommende, an den Regierungsrat gerichtete Petition, die Wahlzettel durch Dritte ausfüllen lassen zu dürfen, habe aus formellen Gründen abgewiesen werden müssen, hingegen beantrage die Wahlprüfungskommission in ihrer Mehrheit künftighin wichtige Abstimmungen nicht auf jüd. Festtage zu verlegen, oder, falls eine andere Anordnung nicht möglich sei, ein besonderes Wahlbureau zu bezeichnen, das den jüd. Wünschen entspricht.

Bern. Prof. Dr. E. Landau von der Universität Bern wurde in Anerkennung seiner Verdienste auf dem Gebiete der anthropologischen Forschung zum korrespondierenden Mitglied der Anthropologischen Gesellschaft in Rom ernannt.

— (Eing.) Israel Rogovine wünscht anlässlich seiner Abfahrt nach Erez Israel allen seinen Freunden viel Glück und frohes Wiedersehen im Lande unserer Zukunft.

Letzte Nachrichten.

— Der Waad Hazirim, Waad Leumi und das Oberrabbinat haben den 2. Juni, den 30. Tag nach der Beerdigung der Jaffaer Opfer, als allgemeinen Fasttag für die Judenheit der ganzen Welt festgesetzt. An diesem Tage soll auch für die Familien der Opfer eine Spende erhoben werden, die in Palästina nicht weniger als 2 Shilling pro Kopf betragen soll.

— In Jaffa wurden 7 arabische Scheichs verhaftet und nach Jerusalem verbracht, wo sie als politische Verbrecher behandelt werden. Zum Zeichen des Protestes erklärten die Jaffaer Araber einen Streik. — Die Jaffaer Araber proklamierten einen Boykott der Juden, der jedoch am 21. Mai sein Ende fand. Die Araber, die gut organisiert waren, weigerten sich, irgendwelche Lebensmittel an die Juden zu verkaufen.

— Am 19. Mai fand unter Beteiligung aller Mitglieder eine Sitzung des Waad Leumi statt. In der angenommenen Resolution bringt der Nationalrat Samuel seine Enttäuschung und energischen Protest zum Ausdruck wegen des Regierungsbeschlusses über die Einstellung der jüd. Einwanderung. Die paläst. Juden seien sehr überrascht, eine derartige Antwort auf den Jaffaer Pogrom erhalten zu haben, der von arabischen Banden veranstaltet wurde, die die Juden in den Städten und Kolonien überfallen haben. Statt die Exzedenten zu bestrafen, bestrafe Samuel die Juden, indem er sie dadurch in den Augen der ganzen Welt — besonders in denen der Araber — zu Verbrechern stemple. Die Resolution weist auch darauf hin, dass das Untersuchungsgericht die Neigung bezeuge, die Verbrecher freizusprechen und die Schuld auf die Juden zu schieben.

Presse- und Verlagsnotizen.

- R - Soeben erschien im Jüdischen Verlag Berlin eine neue Auflage der hebräischen Ausgabe von Achad Haams Gesamtwerk „Al Peraschath Derachim" mit einer neuen Vorrede des Verfassers, in vier Bänden. Da der hebräische Achad Haam jahrelang vollständig vergriffen war, wird die Neuauflage dieses Standardwerks der zion. Bewegung ebenso wie der modernen hebräischen Literatur, sicherlich ausserordentlich begrüsst werden.

Geschäftliche Notizen.

— Wir verweisen auf das Inserat in unserer heutigen Nummer der empfehlenswerten Konditorei und Feinbäckerei A. Lindenmann, Zürich Marktgasse 16, Tel. H. 48.15, dessen bekannt feine Patisserie nur mit reiner Naturbutter hergestellt ist und unsern Lesern bestens empfohlen werden kann.

— Selnau 77.77 ist die empfehlenswerte Nummer für Autotaxi, offene und geschlossene, für Vergnügungs- und Hochzeitstouren. Herr G. Winterhalder Zürich, Brandschenkestraße, ist bemüht, alle seine Kunden bestens zufriedenzustellen und es ist zu erwarten, daß das Unternehmen zahlreichen Zuspruch finden wird.



Empfehlenswerte Firmen in Basel





Passagiere (I., II. u. III. Klasse), die nach Amerika zu reisen beabsichtigen, erhalten bereitwilligst u. kostenlos Auskunft über beste und vorteilhafteste Ueberfahrten, sowie betr. Preise und Pässe etc. von der

Schweiz. Generalagentur
Kaiser & Cie., Basel

Dr. Neefe, Eichele & Schlichtholz
Institut Minerva
Basel
Maturitäts- u. Hochschulvorbereitung
Basel, Eisengasse 17

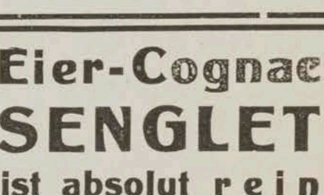


Hotel zum Storchen
Fein bürgerliches Haus
20 Billards .-· Orchester

Schuhhaus z. Siegfried
Inh. Sigmund Dreyfuss
Eisengasse 17 Basel
Solide und elegante
Schuhwaren
Stets Eingang v. Neuheiten



Moderne Schuhe
für jeden Zweck
Schuhhaus
W. Jonas, Basel
Gerbergasse 27/29 Tel. 945



ist absolut rein
und wird vom Arzt
empfohlen!
Ueberall vorrätig
in feinen Restaurants, Lebensmittel- u. Droguen-Geschäften
und Apotheken

HUT- u. HERRENMODEMAGAZINE
JOS. KALLER
GERBERGASSE 48 BASEL

Inserieren bringt Erfolg



WALTER NAEF & Co
vormals
JOH. EMIL NAEF
Bahnhofstr. 54 Zürich
Telegr. Gumminaef

Ich Koche mit
VITALONE
Feinstes Cocosnußfett
In allen Spezereien erhältlich

Koscher
hergestellt unter Aufsicht des Rabbinats in Basel

Speziell gut und preiswert arrangiert:
Frühstück - Znüni - Kleine Mittagessen
Nachmittagscafé etc. - Abend- u. Nacht-Imbiss
Erstklassige Weine Ausschank auch per Glas
Eigene, bekannt feine Patisserie
Fein belegte Brödchen für jeden Geschmack
Stets frische Mayonnaise - mit und ohne Einlage -
Feiner ital. Salat und pikante Spezialitäten
Täglich 2 bis 3 Mal frisches Ia Gebäck
IMBISS RAUM
Café und Conditorei **WESPI** Gross- und Fein-Bäckerei
Verkaufshalle für feine Delikatess-Spezialitäten
Bahnhofstrasse 83 Telephon Selnau 2870

Taverne du Crocodile
Genf
100, rue du Rhône
Bier - Restaurant
Lokal des Schachclubs

Schwäche
nach
Krankheit
beseitigt
ELCHINA
Orgfl. Fr. 3.75, Doppelfl. Fr. 6.25 in den Apotheken.
Hauptdepot: Urania-Apotheke Zürich, Uraniastr. 11
Hecht-Apotheke St. Gallen, Marktg. 11

Damen-Wäsche Herren-Pyjamas
Fertig und nach Maß
E. Müller, Zürich 1
Kirchgasse 38, 2. Et.
Lingerie Kissen

Soeben eingetroffen:
Allerneueste
Damenkleider-Stoffe
und
Resten
von 1 bis 10 Meter
zu auffallend billigsten Preisen
Fr. Sigg, Rämistr. 31

Fräulein bitte Selnau 2 x 77
Schöne Taxi, offen und geschlossen, für große und kleine Touren.
Vergnügungs- und Hochzeitstouren
Selnau 77.77
G. Winterhalder, Zürich, Brandschenkestrasse.

MAISON KRAL
TAILLEURS — TAILORS
BERN, Hotelgasse 6
Telephon No. 63.61

Das allgemeine jüdische Krankenhaus
„Schaare-Zedek" zu Jerusalem
bittet für seine Kranken
Organisation rein europäisch — Isolierhäuser für Ansteckende —
Aufnahme unterschiedslos für Alle. Höchste Anerkennung aller Behörden, hält sich für gewissenhafte Uebernahme v. Stiftungen empfohlen
Briefe: Zentralbüro für jüd. Angelegenheiten Luzern
Geldsendungen: Postcheck-Konto Luzern VII 1096